

Die Linke

Kreisverband
Bodenseekreis

Damit der Alltag bezahlbar wird!

Wahlprogramm zur
Kommunalwahl 2024 im
Bodenseekreis

Impressum:

Herausgebende: DIE LINKE Kreisverband Bodenseekreis

Erscheinungsjahr: 2024

Kontakt: i.A. Sander Frank

Mailadresse: Sander.Frank@Linke-bw.de

Website: <https://www.die-linke-bodensee.de/>

Inhaltsverzeichnis

0. Einleitung: Politik für Menschen statt für Profite. Für eine starke LINKE	3
1. Mieten Runter!	4
2. Vorfahrt für Soziales und gute Arbeit	7
3. Lebenswerte Kommunen – ökologisch und sozial	10
4. Mit links unterwegs – Mobil und Digital	14
5. Bildungsgerechtigkeit schaffen!	17
6. Stadt für alle – feministisch, antirassistisch, queer und inklusiv	20
7. Kultur und Sport für alle	26
8. Gesundheit ist keine Ware – Pflegenotstand bekämpfen	28
9. Reichtum umverteilen – Wirtschaft und Finanzen von links	29
10. Demokratie und Frieden	31

0. Einleitung: Politik für Menschen statt für Profite. Für eine starke LINKE

Kommunalpolitik betrifft uns alle. Direkt vor unserer Haustür – und oft auch dahinter – werden die gesellschaftlichen Konflikte sichtbar: Wenige werden immer reicher, während sich viele für niedrige Löhne abrackern und kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. An allen Orten, die das gesellschaftliche Leben aufrechterhalten, spürt man das fehlende Personal: In Krankenhäusern und Pflegeheimen, an Schulen und in den Kitas, im Nahverkehr und im Einzelhandel und das sind noch lange nicht alle. Die Krisen häufen sich immer mehr: Corona-Pandemie, Krieg in Europa, Inflation, Strom- und Gaskrise, die Folgen des fortschreitenden Klimawandels und eine größer werdende Schere zwischen Arm und Reich.

Das Scheitern der Ampelkoalition, besonders beim Thema Klimaschutz, und der Aufschwung der AfD zeigen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Große Teile der Bevölkerung – bis weit in die Mittelschicht – erleben durch systematische Verarmung einen umfassenden Angriff auf ihre Lebensqualität. Die Absenkung der Reallöhne, Zwangsarbeit für Bürgergeld-Bezieher:innen nach sechs Monaten, Angriff auf die Renten, Blockaden bei der Kindergrundsicherung und armuts-sicheren Mindestlohn, Steuerentlastung für Superreiche, steigende Preise überall und zugleich eine Verschlechterung der Qualität von Wasser und Böden führen zu Verunsicherung und Zukunftsangst. Dazu kommen auf die Kommunen neue oder bisher vernachlässigte Aufgaben hinzu durch Sturzfluten, Dürren und Hitzewellen.

Wir als DIE LINKE sind überzeugt: Wir brauchen entschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Mehrheit und eine grundsätzliche Veränderung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. Wir brauchen eine ökologische Wende, die mit sozialer Sicherheit einhergeht. Nur so kann die notwendige breite Akzeptanz für einen weitreichenden Klimaschutz erreicht werden. Mit dem aktuellen Bericht des Club of Rome „Eine Erde für alle“ (2022) ist es wissenschaftlich belegt, dass die globale Bekämpfung der Armut eine Bedingung der Sicherung unserer Lebensbedingungen bedeutet. Die Sicherung der Lebensqualität mit der Daseinsvorsorge und der Natur (Wasser, Böden, Wälder, Luft) beginnt in den Kommunen.

Linke Kommunalpolitik heißt deswegen einzutreten für soziale Interessen, nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle in der Gemeinde und im Landkreis, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Diese drei Dimensionen entsprechen den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen – den Sustainable Development Goals (SDGs)ⁱⁱ. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich dazu verpflichtet dies bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Das Handeln der Bundes- und Landesregierung steuert allerdings in die entgegengesetzte Richtung. Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens. Die meisten Menschen, die sich gemeinnützig und sozial engagieren, tun dies auf kommunaler Ebene. Sie tun dies im Sportverein, bei der

Flüchtlingsarbeit, antifaschistischen und Friedensgruppen oder in den Sozial- und Umweltverbänden. Hier findet das öffentliche Leben statt.

DIE LINKE verbindet die Arbeit in Kommunalparlamenten mit Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen. Wir wollen keine Stellvertreter:innenpolitik im Parlament machen, sondern gemeinsam vor Ort etwas bewegen. Linke Kommunalpolitik heißt daher, den Interessen benachteiligter Gesellschaftsgruppen Gehör zu verschaffen, demokratische Teilhabe für alle einzufordern und gemeinsam eine nachhaltige sozial-ökologische Entwicklung in allen Gesellschaftsbereichen zu erkämpfen. DIE LINKE leistet Widerstand gegen das vermeintlich alternativ-lose „Weiter so!“

Unser Ziel heißt demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand bleiben oder privatisierte Betriebe kommunalisiert werden. Bürger:innen müssen bei allen wichtigen Entscheidungen einbezogen werden. Das kapitalistische System mit seiner Profitlogik ist direkte oder indirekte Ursache der vielfältigen Krisen. Deshalb verbinden wir den Kampf gegen Verschlechterungen und für konkrete Verbesserungen mit der Perspektive der Überwindung des Systems und machen diese Verbindung in unserer täglichen Arbeit deutlich. Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für alle!

1. Mieten Runter!

Die Hälfte der bundesweit 30 teuersten Städte beim Wohnen liegt in Baden-Württemberg. Die Schmerzgrenze ist längst überschritten, dennoch steigen die Mieten weiter an. Gleichzeitig schießen die Preise für Lebensmittel und Energie durch die Decke, während jede Lohnerhöhung hart erkämpft werden muss.

Alle Parteien reden von bezahlbarem Wohnraum und sorgen mit ihrer Politik dafür, dass es immer weniger Wohnraum gibt, der für Gering- und Normalverdiener:innen bezahlbar ist. Für DIE LINKE ist klar: die Mieten müssen wieder sinken! Wohnen darf nicht den Konzernen überlassen werden, deren Hauptinteresse es ist, für ihre Aktionär:innen die höchstmögliche Rendite rauszuholen. Ins-besondere in den größeren Städten, aber nicht nur da, wird die Miete dadurch kaum noch bezahlbar für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. In zahlreichen baden-württembergischen Städten zahlen Pflegekräfte, Busfahrer:innen oder Verkäufer:innen bis zur Hälfte des Einkommens allein für die Miete. Die frühere rot-grüne Landesregierung hat 2012, 21.500 Wohnungen der LBBW den Immobilienhaien ausgeliefert. Heute gehören diese Wohnungen dem größten Immobilienkonzern Deutschlands VONOVIA. Diese

Wohnungen müssen durch Enteignung zurück in die öffentliche Hand. Entsprechend dem Berliner Volksbegehren fordern wir die Überführung aller Immobilienkonzerne mit Wohnungsbeständen über 3.000 Wohnungen in kommunales Eigentum und ihre demokratische Verwaltung durch gewählte Vertreter:innen von Mieter:innen, Beschäftigten und der Kommune. Die Spekulation mit Immobilien hat zu einem hohen Leerstand geführt. Anstatt Geflüchtete und Wohnungslose in Behelfsunterkünften unterzubringen, muss dieser Leerstand so-fort durch Beschlagnahme genutzt werden.

Als DIE LINKE Baden-Württemberg haben wir daher die Kampagne „Mieten Runter“ gestartet. Wir kämpfen gemeinsam mit den Mieter:innen, Mieterinitiativen und Wohnungsinitiativen für eine soziale Wohnungspolitik, die Wohnen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreift. Daher setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für eine neue Wohngemeinnützigkeit ein, um Wohnen dem profitorientierten Markt zu entziehen und damit wieder bezahlbar zu machen.

Parallel zu unserem Einsatz in den kommunalen Gremien werden wir einen Volksantrag auf den Weg bringen, der die Landesregierung dazu auffordert, die Wohnungsfrage endlich konsequent anzugehen.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Mieten runter: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften dürfen die Mieten nicht weiter erhöhen, sondern müssen diese absenken. Mit kommunalen Wohnungsgesellschaften dürfen keine Gewinne gemacht werden.
- Keine Profite mit der Miete: stattdessen den sozialen, barrierefreien und kommunalen Wohnungsbau deutlich ausweiten.
- Vorrang für Soziales: mindestens 50% Sozialquote bei allen neuen Wohnbauprojekten. Sozialwohnungen dürfen nicht nach wenigen Jahren wieder aus der Bindung fallen.
- Keine Ausweisung von Bauland ohne vorherigen Kauf der Grundstücke durch die Kommunen.
- Die Kommunen müssen auf eigenen Grundstücken nach dem Modell des Wiener Gemeindebaus preisgünstige Wohnungen bauen.
- Wohnen in die öffentliche Hand: wir wollen kommunale Vorkaufsrechte stärken und kommunale Wohnungsbestände ausweiten, z.B. durch Entwicklungssatzungen.
- In allen Landkreisen und kreisfreien Städten muss es kommunale Wohnungsbaugesellschaften geben.
- Kein Ausverkauf von Grund und Boden: Flächen nur noch in Erbpacht vergeben. Das Land muss die Kommunen beim Flächenerwerb unterstützen.
- Der Abriss von Gebäuden mit erhaltenswerter Bausubstanz muss gestoppt werden. Es muss verstärkt im Bestand gebaut werden. Der Erhalt der Bausubstanz hat Vorrang vor Neubauten.

- Leerstand muss konsequent verfolgt werden. Spekulativer Leerstand von Wohnungen und Gewerberäumen muss entschädigungslos enteignet werden.
- Für baureife Grundstücke mit Baugenehmigung muss ein Baugebot notfalls durch Strafzahlungen oder Zwangsveräußerung durchgesetzt werden.
- Wohnprojekte unterstützen: Das Land muss die Mittel der Landeswohnraumförderung deutlich aufstocken und die Fördersätze so erhöhen, dass gemeinwohlorientierte Wohnprojekte damit arbeiten können. Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Wohnungsinitiativen wie das Mietshäuser Syndikat wollen wir kommunal fördern. Das Fördervolumen muss so angehoben werden, dass der Verfügungsumfang nicht schon im Frühjahr ausgeschöpft ist, sondern das ganze Jahr verfügbar ist.
- Die Landesbauordnung wollen wir nachschärfen für mehr barrierefreie Wohnungen und klimagerechtes Bauen. Wir fördern energieeffiziente Bauweisen und die Nachverdichtung in urbanen Gebieten.
- Wir fördern die Einführung von seriellem Bauen und der Genehmigung dieser Bauten ohne Einzelfallprüfung.
- Spekulation auf Wohnraum und gewerbliche Vermietungen als Ferienwohnungen wollen wir unterbinden. Dafür fordern wir eine konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots.
- Ein Leerstandsregister in den Kommunen einführen. Verstöße gegen Zweckentfremdungssatzungen müssen konsequent geahndet werden.
- Ferienwohnungen und Vermietungen über Portale wie AirBnB wollen wir in Bebauungsplänen und Nutzungsplänen einschränken, um für mehr Wohnraum zu sorgen.
- Die Grundsteuer für baureife, aber unbebaute Grundstücke wollen wir deutlich erhöhen gegenüber der Grundsteuer für bebaute Grundstücke.
- "Fachstellen Wohnungssicherung" müssen in jeder Kommune installiert werden, um Wohnungsverluste zu vermeiden. Wir wollen „Housing First“-Projekte als weiteren Baustein der Wohnungslosenhilfe unterstützen.
- Städtische Wohnbaugesellschaften sollen Wohnkontingente bereitstellen für Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt werden.
- Stärkung von ökologischen Bauweisen/-stoffen durch Holz oder Lehm anstelle von Beton/Zement und Verpflichtung von Recycling (Beton ist zusammen mit Stahl für mehr als 13 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich).
- Ausweitung des barrierefreien und altersgerechten Wohnungsbaus sowie Mehrgenerationenhäuser.
- Bestehende versiegelte Flächen müssen effizienter genutzt werden.
- Wir kämpfen für eine soziale Durchmischung der Viertel und setzen uns für die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und Obdachlosen ein.

2. Vorfahrt für Soziales und gute Arbeit

In Zeiten steigender Preise und horrender Mieten wird es bei vielen am Monatsende knapp. Die Corona-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten weiter verschärft, nun kommen enorme Preissteigerungen hinzu. Lebensmittel und Energie wird immer mehr zum Luxus. In der Folge nimmt Armut und besonders auch Kinderarmut zu. In Baden-Württemberg waren im Jahr 2021 etwa 400.000 Kinder unter 18 Jahren von Armut betroffen oder bedroht.

Die von der Bundesregierung aufgesetzten Entlastungspakete reichen bei Weitem nicht aus und entlasten und erreichen mitunter ohnehin schon bevorzugte Haushalte, anstatt weitaus stärker förderungsbedürftige Bevölkerungsgruppen. Auf echte Entlastung vom Land warten wir noch immer. Die Städte und Gemeinden sind daher besonders gefragt, denn die öffentliche Daseinsvorsorge findet hier statt. Es wird endlich Zeit, dass das Land die Kommunen hierfür ausreichend finanziert.

Als im Zuge der Corona-Pandemie freiwillige Leistungen der Kommunen gestrichen werden sollten, haben sich unsere Mandatsträger:innen vor Ort dagegen eingesetzt. Wir haben Sozialtickets und mehr sozialen und barrierefreien Wohnungsbau erkämpft. In Zeiten zunehmender sozialer Spaltung brauchen wir mehr soziale Angebote, nicht weniger!

Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft, die allen Menschen Teilhabe und Mitbestimmung ermöglicht.

Öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Kosten und Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen wollen wir so verändern, dass sie für alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen oder anderen finanziellen Möglichkeiten zugänglich sind. Dazu gehören Energie und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserversorgung, Wohnungs-wirtschaft, Öffentlicher Verkehr (ÖPNV), Erziehung, Bildung, Kultur, Sport und Erholung ebenso wie Gesundheit und Telekommunikation.

Die Versorgungssicherheit hat hier immer Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen oder gar Gewinnerwartungen. Wir wollen diese Bereiche perspektivisch und dauerhaft der Markt- und Profit-logik entziehen. Dieser stellen wir das Gemeinwohlinteresse entgegen und rücken es in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Aufgaben.

Kommune als Vorreiterin für gute Arbeit

Kommunale Arbeitgeber tragen Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Gestaltung für deren Einkommen und Löhnen. Sie müssen einen großen Beitrag leisten, um prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzudrängen. Die Kommunen (Städte) und deren Eigenbetriebe haben die geltenden Branchentarifverträge einzuhalten.

Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigung lehnen wir grundsätzlich ab. Ist dies nicht in allen Fällen möglich, gelten die oben genannten Vorgaben. Der öffentliche Beschäftigungssektor muss deutlich ausgebaut werden. Die Kommunen haben sicherzustellen, dass die einzuhaltenden Kriterien regelmäßig überprüft werden – auch bei den Eigenbetrieben und kommunalen Beteiligungsgesellschaften. Wenn eine Kommune Aufträge an soziale Betriebe und Träger vergibt, müssen sie ihre Beschäftigte nach Tarifvertrag bezahlen.

Wir fordern die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Wasser, Strom, Gas, medizinische Versorgung, Krankenhäuser und ÖPNV – all dies darf nicht weiter privatisiert werden.

(Re-)Kommunalisiert können diese Leistungen von Kommunen und Landkreisen selbst erbracht werden. Es geht besser ohne Gewinnabsicht und Profitmaximierung.

Wir fordern existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze für alle. Der Mindestlohn für Beschäftigte bei den Kommunen und Landkreisen muss mindestens 15 Euro betragen.

Der Öffentliche Dienst als Pionier für attraktive Arbeitsbedingungen

Als LINKE setzen wir uns für gute Arbeit ein, die zum Leben passt. Der Öffentliche Dienst soll dabei durch die Einführung einer 30-Stunden bzw. 4-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich mit gutem Beispiel vorangehen. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende Arbeitszeitmodelle auf kommunaler Ebene zusammen mit den Beschäftigten und ihren betrieblichen Interessenvertretungen entwickelt werden. Als einen weiteren Schritt fordern wir, wo dies möglich ist, entsprechende Experimente auf kommunaler Ebene. Hierzu ist eine enge Kooperation mit den Personalrats- und Betriebsratsgremien sowie den Gewerkschaften notwendig. Sachgrundlose Befristungen darf es bei Beschäftigungsverhältnissen in öffentlicher Hand nicht geben. Fachkräftemangel ist auch im Bereich der kommunalen Beschäftigung zu spüren. Dies geht auf Dauer zu Lasten der Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge und führt bei den Beschäftigten zunehmend zu einer wachsenden Arbeitsbelastung. Um hier gegenzusteuern, fordern wir eine vorausschauende Personalplanung und Personalentwicklung.

Ausbildungsplätze müssen auf allen kommunalen Ebenen (auch den kommunalen Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften) über den Eigenbedarf hinaus angeboten werden – insbesondere für Jugendliche, die auf dem sogenannten ersten Ausbildungsmarkt (Arbeitsmarkt) Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Damit übernimmt die öffentliche Hand, auch unter dem Blickwinkel der Inklusion, die gebotene gesellschaftliche Verantwortung.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Gebührenfreie Kitas, kostenfreie und gesunde Mittagessen aus möglichst regionaler und saisonaler Erzeugung an allen Kitas und Schulen sowie freie Schüler:innentickets, auch für Azubis und Meisterschüler:innen.
- Wir kämpfen gegen die Lebensmittelverschwendung an öffentlichen Einrichtungen und fördern die kostenfreie Abgabe von Lebensmitteln, die sonst im Müll landen würden.
- Mehr sozialer, kommunaler und barrierefreier Wohnungsbau.
- Keine Zwangsumzüge und auch keine Strom-, Wasser- und Gassperren. Es darf nicht sein, dass Menschen umziehen oder in einer kalten Wohnung sitzen müssen, weil sie zu wenig Geld haben.
- Wir haben bereits in vielen Kommunen die Einrichtung von Nothilfefonds erreicht und wollen, dass diese in allen Kommunen eingerichtet werden.
- Sozialtickets für Menschen und Familien mit geringem Einkommen. Das betrifft Museen, ÖPNV, Bäder und alle sonstigen kulturellen Einrichtungen.
- Soziale Hilfs- und Beratungsstrukturen ausbauen und Beschäftigte fair bezahlen. Die sozialen Angebote in den Städten und Gemeinden dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen.
- Mehr öffentlich geförderte und fair entlohnte Beschäftigung für Erwerbslose. Dabei ist es nicht nur, aber besonders für Alleinerziehende wichtig, dass die Arbeit mit der Kinderbetreuung vereinbar ist.
- Freier Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Schwimmbädern, Sportangeboten und Museen. Öffentliche Dienstleistungen müssen stärker an gesellschaftliche Bedürfnisse und neue technologische Möglichkeiten angepasst werden.
- Als Zwischenschritt zum freien Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen muss ein Sozialpass in allen Kommunen eingeführt werden, der Familien und Menschen mit wenig Einkommen weitreichende Vergünstigungen bietet.
- Kulturförderung stärker an sozialen und inklusiven Aspekten ausrichten.
- Keine Beschäftigung außerhalb eines Tarifvertrages.
- Dort wo keine Tarifbindung besteht, muss diese hergestellt werden.

- Kommunale Arbeitgeber müssen das Angebot für gute und sozial abgesicherte Arbeitsplätze erhalten und ausbauen. Kommunale Arbeitgeber gehören alle in den Arbeitgeberverband (VKA/KAV) des Öffentlichen Dienstes.
- Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 Euro und verlangen, dass dies bei kommunalen Beschäftigten sofort umgesetzt wird. Tarifabschlüsse, die die Kommunen betreffen, müssen ohne Abstriche erfüllt werden.
- Keine Auftragsvergabe ohne Tarifvertrag.
- Bei Auftragsvergabe sollen nur Firmen berücksichtigt werden, die ihrerseits Tarifverträge einer DGB-Gewerkschaft anwenden und dies auch von Subunternehmen und Zuliefer:innen fordern (Vorlage bei Vertragsabschluss und Stichproben).
- Keine weitere Privatisierung bei Wasser, Strom, Gas, medizinische Versorgung, Krankenhäuser und ÖPNV – sondern Rekommunalisierung.

3. Lebenswerte Kommunen – ökologisch und sozial

Wie sehen die Städte der Zukunft aus, wie wollen wir leben und arbeiten? Dies sind die zentralen Fragen der Stadtentwicklung. Stadtpolitik muss die bereits erfolgten Klimaänderungen berücksichtigen und dazu beitragen, den Klimawandel zu begrenzen. Die Temperaturzunahmen erfordern eine bessere Durchlüftung der Städte. Fassaden- und Dachbegrünungen, aber auch innerörtliche Grünflächen, Naherholungsgebiete, mehr Bäume, wo immer möglich, insbesondere bei Rückbau von Fahrspuren als Entsiegelungsmaßnahme. Öffentliche Trinkwasserbrunnen helfen beim Umgang mit sommerlicher Hitze – für Menschen und Tiere und ganz besonders für diejenigen, die keinen festen Wohnsitz haben. Wasser kann grundsätzlich dabei helfen Kommunen klimaresilient zu machen, etwa durch die Renaturierung und Offenlegung von Gewässern innerhalb von Siedlungsgebieten. Als LINKE setzen wir uns für eine klimagerechte Mobilitätswende ein.

Jeden Tag werden in Baden-Württemberg fünf bis sechs Hektar Wiesen, Wälder und Felder zugepflastert, dabei hat sich die Landesregierung im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, den Flächenverbrauch kurzfristig auf 2,5 Hektar pro Tag zu reduzieren. Wie kämpfen in den Kommunen gegen Flächenfraß und Versiegelung von immer mehr Landschaft. Wir unterstützen den vom NABU und anderen Verbänden initiierten Volksantrag „Ländle leben lassen“ mit der Forderung nach maximalem Flächenverbrauch von 2,5 Hektar pro Tag.

Kommunale Politik muss sich an den internationalen Abkommen zur nachhaltigen Entwicklung ausrichten – auch aus globaler Solidarität. Dabei orientieren wir uns unter anderem an dem Welt-naturabkommen von Montreal 2022 (30% Gebietsfläche als Schutzgebiet ausweisen), den SDG17ⁱⁱ für 2030 und der Rio-Erklärung 1992. Nachhaltige und soziale Stadtentwicklung verbindet qualifizierten Städtebau mit urbaner Dichte und der Schaffung innerörtlicher Parks, Grünflächen, zugänglicher Bach- und Flusssufer, Ruhe- und Erholungsräumen. Stadtentwicklung muss sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Wir wollen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume zurückdrängen. Dazu müssen Städte und Gemeinden wieder mehr Grundstücke in kommunales Eigentum zurückholen. Für den Zugriff auf Grundstücke sind entsprechende Vorkaufsrechte in den kommunalen Satzungen zu verankern und Entwicklungssatzungen zu erlassen. Stadtentwicklung darf nicht privaten Investor:innen überlassen werden, sondern muss demokratisch mit den Bewohner:innen gestaltet werden - dafür steht DIE LINKE.

Klimagerechtigkeit und soziale Sicherheit sind die Herausforderungen unserer Zeit. Die bisherige Politik hat hier versagt. Wenn wir jetzt nicht umfassende Veränderungen anstoßen, wird unsere Erde unbewohnbar werden. Wir wissen, dass der Klimawandel uns alle betrifft und der sozial-öko-logische Umbau uns alle braucht. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimaerhitzung und zum Erreichen der Klimaneutralität müssen in Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Das darf nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die ohnehin wenig Geld zur Verfügung haben.

Bei Fridays-for-Future-Demonstrationen gehen bundesweit Millionen Menschen auf die Straße. Wir bringen ihre Forderungen in die kommunalen Parlamente. Wir unterstützen die Forderung, Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu machen. Nachdem die Proteste von Fridays for Future bagatellisiert wurden, wird nun die Letzte Generation von Regierenden kriminalisiert und sogar in Vorbeugehaft genommen. Dafür gibt es keine Rechtsgrundlage und es wird dem gewaltfreien Vorgehen der Gruppe nicht gerecht. Diese Kriminalisierung lehnen wir ab. Es handelt sich hierbei um eine Umkehrung der Verhältnisse – nicht die, die für Klimaschutz demonstrieren sollen kriminalisiert werden, sondern die, die Klimaschutz verhindern, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Wir kämpfen für Klimagerechtigkeit und einen Systemwandel („System Change, not Climate Change“) vor Ort durch den Umstieg auf nachhaltige Mobilität, durch Sanierungen und klimaneutralem Bau von Gebäuden, durch den Erhalt und Ausbau der bestehenden Grün- und Landschaftsräume, durch Begrünung von versiegelten Flächen, von Fassaden und Plätzen. Dazu müssen alle bisherigen und zukünftigen Beschlüsse in Städten und Gemeinden unter Klimavorbehalt gestellt werden.

Die Chancen des ländlichen Raums nutzen

Der ländliche Raum, der in Baden-Württemberg vom Einzugsbereich der großen Städte und Metropolen bis in landwirtschaftlich geprägte Gebiete reicht, ist vielfältig. Diese Vielfalt braucht ökologische und soziale Lösungsansätze für die Stärkung der Kommunen und Dörfer des Flächenlands Baden-Württemberg. Im ländlichen Raum werden Krankenhäuser sukzessiv geschlossen, stillgelegte Bahnstrecken nicht reaktiviert und das alltägliche Einkaufen wird in Einkaufszentren außerhalb der Innenstädte oder fernab der Dörfer verlegt. Bildungseinrichtungen sind für viele Kinder und Jugendliche nur noch mit dem ÖPNV zu erreichen. In den Schulferien und an Wochenenden wird dieser häufig noch weiter ausgedünnt. Die gesundheitliche Versorgung gerät in Schiefelage, da es an medizinischen Fachkräften auf dem Land fehlt. Die Schließung von Dorfkeipen, Gaststätten und Einrichtungen des Einzelhandels haben sich seit der Pandemie beschleunigt.

Die jeweiligen Bedürfnisse müssen mit den Menschen vor Ort erörtert werden, um gemeinsame Lösungswege mit den Kommunen zu erarbeiten. So haben ökologisch sinnvolle Projekte, wie energieunabhängige Gemeinden, kommunale Energieversorger, Grundversorgung und eine echte Mobilitätswende auf dem Land Erfolg. Wir fordern sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und landesweit finanzierte Konzepte für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg.

Eine ökologische Wende schließt die Stärkung einer nachhaltigen Landwirtschaft mit ein. Dazu können Kommunen ihren Beitrag leisten. Die Verpachtung öffentlichen Lands soll nach Gemeinwohlkriterien erfolgen, mit denen ökologischer Landbau, Artenvielfalt, Tierwohl und gute Arbeit in der Landwirtschaft gefördert werden. Die Kommunen können dabei insbesondere Betriebe, die nach dem Prinzip der solidarischen Landwirtschaft bewirtschaftet werden, stärken.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Aktive Bodenvorrats- und Liegenschaftspolitik aller Kommunen – Grundstücke und Immobilien in kommunale Hand.
- Klimaneutrale Kommunen, schnellstmöglich, bürger:innenorientiert und unter Einbezug der Industrie. Spätestens bis 2035. Entsprechende Klimaschutzstrategien der Kommunen müssen angepasst oder erstellt werden.
- Klimaschutzmanager:innen in allen Kommunen.
- Fassaden und Dachbegrünungen finanziell fördern.
- Innerörtliche Grünflächen und Naherholungsgebiete auf- und ausbauen.

- Kein Einsatz von Glyphosat und Bienen- und Insektenfördernde Bepflanzung.
- Kommunale Waldbestände als wichtige Kohlestoffspeicher schützen.
- Gemeinwohlorientierte Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen.
- Stadtentwicklung der kurzen Wege, für Menschen und Natur.
- Kein Abriss von Bestandsgebäuden – Sanierung vor Neubau.
- Klimagerechter Bau von Gebäuden.
- Flächenverbrauch reduzieren und bis 2030 auf bilanzierte Netto-Null.
- Photovoltaikanlagen und Solarthermie primär auf versiegelten Flächen und nicht in Konkurrenz zu landwirtschaftlicher und ökologischer Nutzung von Freiflächen.
- Förderung von Agri-PV im Bodenseekreis.
- Kommunen und der Bodenseekreis müssen Klimaanpassungsstrategien entwerfen und verabschieden.
- Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien.
- Förderung genossenschaftlicher und lokaler Energieversorger. Außerdem Förderung von Genossenschaften an denen die Bürger:innen vor Ort Anteile halten können (Bürger:innenenergie).
- Ausbau der Nahwärmeprojekte auf ökologischer Basis.
- Echte Mobilitätswende landesweit.
- Wir lehnen eine Kriminalisierung von gewaltfreien Klimaprotesten ab.
- Ausbau des ÖPNV mit guter Taktung und Streckenausbau auch am Wochenende. Jeder Ort soll zumindest einmal in der Stunde angefahren werden (Schweizer Modell).
- Die Bodenseegürtelbahn muss zweigleisig ausgebaut werden.
- Reaktivierung von Bahnstrecken und barrierefreier Ausbau aller Bahnhöfe und Bushaltestellen.
- Konzepte zur Belebung von Innenstädten fördern bsp. durch kostenfreies und inklusives Stadtmobiliar und freie Räume für Kunst- und Kulturschaffende.
- Gesundheitliche Versorgung in kommunale Trägerschaft und Ausbau von medizinischen Versorgungszentren.
- Ausbau von sicheren Radverkehrs- und barrierefreien Fußwegen.
- Stationäre Car Sharing Angebote in Kommunen stärken.
- Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement landesweit fördern.
- Raum für Kultur und Handwerk schaffen.
- Zuzug von Familien durch bezahlbaren Wohnraum, wohnortnahe Betreuungs- und Bildungsangebote ermöglichen.
- Ausweisung und Schaffung von Grün- und Erholungsflächen in den Kommunen und dem Bodenseekreis.

4. Mit links unterwegs – Mobil und Digital

Die Mobilitätswende ist ein entscheidender Faktor, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und damit die notwendige Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen. In Zahlen ausgedrückt werden in der EU jährlich fast 900 Millionen Tonnen CO₂ durch die Verbrennung von Kraftstoffen im Straßenverkehr ausgestoßen. Den allergrößten Teil verursacht hierbei der privat genutzte PKW.

Die hoch gesteckten Klimaziele sind nur im Gleichgewicht von ökologischen und sozialen Maßnahmen erreichbar. Arbeiter:innen am Fließband oder in der Pflege müssen sich die Klimawende auch leisten können. Gute Mobilität darf nicht vom Geldbeutel, Alter oder Wohnort in der Stadt oder auf dem Land abhängen.

Für eine linke, sozialökologische Mobilitätswende ist somit ein Systemwechsel in drei Bereichen notwendig: erstens in der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden, zweitens bei der Finanzierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und drittens in der Automobilwirtschaft.

Städte und Gemeinden müssen in Zukunft zu Städten der kurzen Wege umgebaut werden. Alle notwendigen Dinge des Lebens sollten in wenigen Minuten erreicht werden: 5 Minuten zu Fuß, 10 Minuten mit dem Rad und 15 Minuten mit Bus oder Straßenbahn. Wohnen, arbeiten, einkaufen rücken zusammen. Innenstädte werden zu autofreien Zonen umgebaut, lebenswert mit mehr Platz für Kinder und ältere Menschen. Fahrspuren werden für den Rad- und Busverkehr umgewidmet.

Ein generelles Tempolimit von 30 km/h innerorts reduziert Luftschadstoffe und erhöht die Sicherheit für Jung und Alt.

Der öffentliche Nahverkehr bildet das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilitätswende. Das Angebot muss massiv ausgebaut werden, vor allem in ländlichen Regionen. Sonst ist ein Umstieg vom privaten Auto hin zum ÖPNV kaum möglich.

Das alles ist machbar, insbesondere wenn Land und Kommunen eine Nahverkehrsabgabe nach französischem Vorbild einführen. Dort wird knapp die Hälfte der Kosten des ÖPNV über eine Abgabe finanziert, die Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit miteinander bezieht. Der nicht durch eine Nahverkehrsabgabe finanzierte Teil muss durch eine höhere Besteuerung von Vermögens- und Einkommensmillionären finanziert werden. Das ist wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht.

Mit einer klimagerechten Mobilitätswende können viele neue und zusätzliche industrielle Jobs entstehen. Wenn wir den Umstieg zu mehr Bus, Bahn, Fern- und Güterverkehr auf der Schiene schaffen, dann eröffnet sich ein großes

wirtschaftliches Potenzial. Es braucht mehr S-Bahnen, Regional- und Fernzüge, E-Bussysteme, neue Leitsysteme, Schienen, Werkstätten, Lastenräder und E-Bikes. Es wird deutlich, dass eine Mobilitätswende, die soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen umsetzt, auch weiterhin viele Arbeitskräfte und Personal braucht.

Stuttgart 21 schafft ein Verkehrs-Nadelöhr und sabotiert so die Verkehrswende im ganzen Land. Die jahrelange Bauzeit führt zu erheblichen Einschränkungen im gesamten Bahnverkehr. Die Züge aus Konstanz und Singen (Gäubahn) werden über mehrere Jahre den Stuttgarter Hauptbahnhof nicht mehr direkt anfahren können. DIE LINKE lehnt dieses Projekt weiterhin entschieden ab.

Digitalisierung vor Ort sozial gerecht gestalten!

Die digitale Transformation der Gesellschaft durchdringt inzwischen alle Lebensbereiche und nimmt eine immer schnellere Entwicklung. Die Digitalisierung muss immer zuerst den Bürger:innen dienen und die Lebensqualität aller verbessern. Daher muss in der Kommune zunächst ein variere- und diskriminierungsfreier Zugang für alle gewährleistet werden. Wir sehen den flächendeckenden kommunalen Ausbau des Breitbands und der digitalen Infrastruktur als eine Grundlage für eine gleichberechtigte und demokratische, digitale Gesellschaft.

Digitale kommunale Verwaltung

Wir möchten die Digitalisierung nutzen, um langwierige Verwaltungsprozesse schneller zu gestalten und die Nutzungsfreundlichkeit der Verwaltungsangebote erheblich zu verbessern.

Für unser Konzept einer sozial gerechten Digitalisierung, sind Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität besonders wichtig. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger zu jeder Zeit die Kontrolle über ihre eigenen Daten behalten müssen und die kommunale Infrastruktur vor Hackerangriffen geschützt sein muss. Auch die Entscheidung, nicht digital mit der Verwaltung zu kommunizieren oder keine Daten digital zu übermitteln, darf für Niemanden zu einem Nachteil führen.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Mobilitätsgarantie in Städten, Gemeinden und Dörfer im Land umsetzen.
- Nulltarif im Öffentlichen Nahverkehr. Wenn wir für unsere Forderung keine Mehrheit in Gemeinderäten und anderen Gremien bekommen, unterstützen wir auch Zwischenschritte wie dem 1€-Ticket in Richtung unserer Ziele.
- Nahverkehrsabgabe für große Unternehmen zur Finanzierung des Nahverkehrs. Wir wollen Modelle für einen Mobilitätspass prüfen.
- Ausbau von Fußwegen und Radwegen. Erhöhung der Investitionen in den Radverkehr. Fahrradwege anstatt Fahrradschutzstreifen.
- Autofreie und damit lebenswerte Innenstädte.
- Barrierefreier Ausbau des ÖPNV und der Haltestellen. Die seit Januar 2002 geltende gesetzliche Vorgabe muss endlich umgesetzt werden.
- Rückbau und Umnutzung von Straßen – beispielsweise für Rad- und Busspuren.
- Konsequente und schnelle Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sowie dem Änderungsgesetz in allen Kommunen und dem Bodenseekreis. Wir fordern bürger:innenorientierte, unbürokratische, leicht verständliche, digitalisierte Verwaltungsleistungen.
- Aufbau von Kompetenzen im Bereich Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung bei Verwaltungsmitarbeitenden. Schulungsoffensive starten!
- Wenn Software mit öffentlichen Geldern entwickelt wird, soll die Auftragsvergabe die Bestimmung der Offenlegung des Quellcodes der Software beinhalten. Wir folgen dem Motto: „Public Money – public Code“.
- Cybersicherheitsstrategien und Notfallkoordinator:innen in allen Kommunen des Bodenseekreises.
- Kostenloser Internetzugang in allen öffentlichen Gebäuden und Betrieben.
- Flächendeckender Ausbau von Breitband und digitaler Infrastruktur als öffentliche Aufgabe.
- Kommunale Verwaltungen im Kontakt mit Bürger:innen digitalisieren.

5. Bildungsgerechtigkeit schaffen!

Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Doch nicht alle haben denselben Zugang zu Bildung. Viel zu oft bestimmt in Deutschland die (soziale) Herkunft den Bildungsweg. Das darf so nicht sein! Obwohl das Land an erster Stelle verantwortlich für die Bildungspolitik ist, haben auch die Kommunen einen Spielraum, wenn es um Bildung geht. Diesen müssen Kommunen nutzen, um der Bildungsungerechtigkeit vor Ort entgegenzuwirken.

Kinderbetreuung ausbauen, Personalmangel bekämpfen!

Die Kommunen in Baden-Württemberg kommen der Pflichtaufgabe der Bereitstellung von Kinder-tagesbetreuungsplätzen bisher nicht vollständig nach. Es besteht ein eklatanter Mangel an pädagogischen Fachkräften und am Ausbau von Kindertagesstätten und der Kindertagespflege. Das kann nicht – wie gerade von der Landesregierung beschlossen – durch Maßnahmen wie Erweiterung der Gruppengröße oder ungelernte Mitarbeiter:innen zur Erfüllung der Aufsichtspflicht gelöst werden. Die frühkindliche Erziehung und Bildung braucht gute pädagogische Fachkräfte, die für ihre wichtige gesamtgesellschaftliche Arbeit besser bezahlt und anerkannt werden. In die Ausbildung von Erzieher:innen und ihre Weiterbildung muss noch stärker investiert werden.

Schule für alle!

Mit der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems werden Ungleichheiten weiter zementiert, statt sie abzubauen. Deshalb strebt DIE LINKE einen Wandel zu einem solidarischen Schulsystem an, in dem alle Schüler:innen gemeinsam und voneinander lernen. Schulen müssen nachhaltig zu Orten des Lernens und Lebens mit attraktiven Ganztagsangeboten und kostenfreiem Mittagessen weiterentwickelt werden. Daher betrachten wir den Ausbau von inklusiven Gemeinschaftsschulen als unerlässlich, denn sie erlauben, dass jedes Kind gemäß seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen gefördert wird. Die Corona-Pandemie hat außerdem gezeigt: zu den verletzlichsten Menschen unserer Gesellschaft gehören Kinder und Jugendliche. Damit sie mit Problemen und Konflikten nicht allein gelassen werden, ist eine flächendeckende und qualifizierte Schulsozialarbeit an allen Schulen nötig.

Dabei ist auch die Bekämpfung des Lehrkräftemangels unerlässlich für den Wandel zu einem solidarischen Schulsystem, da dieser vor allem Grundschulen und Sekundarstufe 1 betrifft. Schulbildung muss Chancengleichheit gewährleisten, Auslese verhindern und demokratische Gestaltung ermöglichen.

Deshalb wollen wir den Privatisierungsboom, den das Schulsystem nun seit geraumer Zeit durchlebt, stoppen. Mit mehr als 1.100 Privatschulen liegt Baden-Württemberg weit vor allen anderen Bundesländern. Immer größere Bildungsaufgaben wurden aus dem öffentlichen Schulsystem ausgelagert und privatisiert. Für die Lehrkräfte hat das weitreichende Folgen, sie werden schlechter entlohnt und erleiden erhebliche Einbußen bei der Rente. In einer gerechten Gesellschaft müssen alle Kinder die gleichen Bildungschancen im Leben bekommen. Wir lehnen Eliteschulen für Reiche daher ebenso wie die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ab.

Gute Bedingungen für Schüler:innen und Lehrkräfte bedeuten auch, den immensen Sanierungsstau an den Schulen konsequent anzugehen. Es kann nicht sein, dass den Schülerinnen und Schülern im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fällt oder die Toiletten nicht begehbar sind. Die Kommunen sind hier als Schulträger in der Verantwortung. Dafür ist angesichts der enormen Baukostensteigerungen auch substanzielle finanzielle Unterstützung vom Land notwendig. An allen Bildungseinrichtungen muss sichergestellt sein, dass alle Barrieren abgebaut werden und sie grenzenlos zugänglich für Schüler:innen mit Behinderungen sind. (Sonderpädagogisches) Betreuungspersonal, das den Schüler:innen mit Behinderungen die Teilhabe am Regelunterricht ermöglicht, muss immerzu berücksichtigt werden, denn wahre Inklusion darf nie spalten oder ausgrenzen.

Hochschulen und Studierende

Studierende bestimmen in vielen Hochschul- und Unistädten in Baden-Württemberg das öffentliche Bild der Stadt. Die besonderen Bedarfe von Studierenden, etwa die Bereitstellung günstigen Wohnraums mit nur kurzer Wohndauer, müssen in der Kommunalpolitik berücksichtigt werden. Die Schaffung von Freiräumen für Studierende ist nicht nur Aufgabe der Hochschulen, sondern auch der Städte, in denen diese leben. Selbstverwaltete studentische Wohnprojekte und entsprechende kulturelle Angebote sollten deshalb von städtischer Seite unterstützt werden. Gleichzeitig leben etliche Studierende in schwerer finanzieller Not. Psychische Probleme sind häufig eine Folge studentischer Armut. Studierende mit finanziellen Problemen müssen bei kommunalen Vergünstigungen stärker berücksichtigt werden.

Digitalisierung der Bildung

Schulen und Bildungseinrichtungen müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Zur Wartung muss entsprechendes Personal zur Verfügung stehen. Digitale Bildung ist mehr als nur technische Ausstattung. Sie muss ein wichtiger Bestandteil von Bildungs- und Lernprozessen sein,

damit alle befähigt werden, verantwortungsvoll und kompetent mit diesen Technologien umzugehen. Dabei sollten digitale Technologien als Hilfsmittel betrachtet werden, nicht als Selbstzweck.

Es ist wichtig, dass bei der digitalen Bildung Pädagog:innen die Hauptrolle spielen, nicht IT-Konzerne oder Lobbyist:innen. Damit mehr Menschen Zugang zu Bildung haben, muss Wissen für alle zugänglich sein. Offene Bildungspraxis bedeutet, dass Materialien frei verfügbar und Lizenzen frei sind sowie Datenschutz und Sicherheit berücksichtigt werden. Offene Bildung bedeutet Teilhabe und Mitbestimmung durch Transparenz und gemeinsames Lernen. Im Zuge der Digitalisierung möchten wir die Bedeutung von "Open Science" stärken und fördern.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Rahmenbedingungen ausbauen und Ausbildungsvergütung in der pädagogischen Ausbildung flächendeckend einführen.
- landesweiter Ausbau von Teilzeitausbildungsstellen und der praxisintegrierten Ausbildungen. Bessere Ausbildung für die Aufgaben der Inklusion.
- Ausbildungsoffensive im Bodenseekreis starten.
- Vereinfachte Anerkennung von ausländischen pädagogischen Abschlüssen zur schnelleren Integration in die pädagogische Praxis.
- Anpassung des Personalschlüssels in allen Gruppen.
- Ausweitung der Integration von Kindern mit Beeinträchtigung in Regelkindergärten mit Zusatzkräften für die Eingliederungshilfe.
- Bedarfspläne der Kommunen mit allen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege abstimmen.
- Sprachförderung in jeder Kindertagesstätte und Grundschule sichern.
- Entlastung von Familien durch angepasste und abgestimmte Betreuungsangebote, auch in den Schulferien, Teilhabe und Mitbestimmung aller Kinder sicherstellen und fördern.
- Mehr Geld für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Bildung und Erziehung von Kindern in Baden-Württemberg.
- Gebührenfreie Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung, -pflege und Grundschulen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Zeppelin Universität in kommunaler Trägerschaft bleibt. Die aktuelle Partner:innensuche lehnen wir in ihrer derzeitigen Form ab.
- Wir kämpfen für eine stärkere soziale Durchmischung der Zeppelin Universität und fordern den Ausbau der sogenannten „Diversitätsstipendien“. Außerdem soll der 50%ige Rabatt des „Häfler-Stipendiums“ auf alle Bewohner:innen des Bodenseekreises ausgeweitet werden.

- Wir fördern den Austausch der Zeppelin Universität mit den Kommunen des Bodenseekreises und setzen uns dafür ein, dass das vorhandene Wissen der Zeppelin Universität in den Bereichen Verwaltung, Kultur und Wirtschaft in der Bodenseeregion besser genutzt wird.
- Förderung der Bedürfnisorientierten Bildung.
- Anspruch auf Ganztagsbetreuung konsequent umsetzen.

6. Stadt für alle: feministisch, antirassistisch, queer und inklusiv

Die Hälfte von allem: feministische Perspektive in Stadt und Land

Wenn Frauen* streiken, steht die Welt still. Frauen* leisten den überwiegenden Teil aller Arbeiten, die notwendig sind, um eine Gesellschaft am Laufen zu halten. Ob in der Pflege, bei der Erziehung unserer Kinder, im Ehrenamt oder in der Sorgearbeit – ohne die oftmals unbezahlte Arbeit von Frauen* steht die Welt still. Corona hat dies nochmal besonders deutlich gezeigt: in der Regel waren es Frauen*, die Homeschooling, Home-Office und Hausarbeit gleichzeitig schulterten und damit multiplen Belastungen ausgesetzt waren.

Gleichzeitig hat die Gewalt gegen Frauen* zugenommen. Jede dritte Frau* erfährt in ihrem Leben mindestens einmal körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Dennoch fehlt es vielerorts an ausreichend Plätzen in Frauen- und Kinderhäusern. Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen* stehen viel zu oft unter Finanzierungsdruck.

Frauen* verdienen in Baden-Württemberg durchschnittlich 23 % weniger als Männer und sind deutlich stärker von Altersarmut betroffen. Besondere Probleme haben Alleinerziehende Frauen*. Sie arbeiten oftmals im Niedriglohnbereich, sind Teilzeit beschäftigt und die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet.

Auch bei der Repräsentation von Frauen* in den kommunalen Gremien schneidet Baden-Württemberg besonders schlecht ab.

Wir wollen das ändern. DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung aller Geschlechter ein. Wir wollen Teile der Haus- und Fürsorgearbeiten gemeinschaftlich organisieren und die hier herrschende Geschlechtertrennung überwinden. Bei allen kommunalen Entscheidungen und der Verteilung von Ressourcen in den Städten und Gemeinden sollen die Auswirkungen auf die Geschlechter beachtet und ihre Gleichbehandlung sichergestellt werden. Unser Ziel sind geschlechtergerechte Städte und Gemeinden und ein Ende der Gewalt gegen Frauen*!

Wir wollen „Sorgende Städte und Gemeinden“, die eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur für die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner bieten. In Wohnortnähe brauchen wir mehr Kitas, Stadtteil-, Familien- und Gesundheitsszentren, Pflegestützpunkte, Jugend- und Obdachlosen-treffs etc. In Pflege und Gesundheit zeigt sich, dass private profitorientierte Betreiber die Versorgung nicht sicherstellen können. Wir wollen Pflege, Bildung und Gesundheit in der Hand sozialer oder öffentlicher Träger, die demokratisch gemäß den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer organisiert sind.

Solidarität statt Hass: gemeinsam antirassistisch!

Unsere Stadt hat Platz – nur nicht für Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus. Wir tolerieren keine Diskriminierung und Ausgrenzung auf Grund von vermeintlichen körperlichen Besonderheiten und ausgedachten Unterschieden und stellen uns aktuell besonders denen vehement entgegen, die versuchen Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte als Bedrohung darzustellen.

Kein Mensch ist illegal!

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kommunen alles in ihrer Macht liegende tun, um Menschen in Not und Menschen, die vor Hunger oder Krieg fliehen, zu helfen, zu unterstützen und willkommen zu heißen. Wir stehen hinter der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten und unterstützen Initiativen für die Wiederherstellung eines humanen Asylrechts und antifaschistischen Aktivitäten, wie beispielsweise die Bewegung „Seebrücke“ und „Sicherer Hafen“. Kommunen sollten jede Mitwirkung an Abschiebungen konsequent verweigern.

Der Prozess der Teilhabe beginnt bereits bei der Unterbringung von geflüchteten Personen. Die Kosten dafür dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden! Geflüchtete und ihre Familien müssen so schnell wie möglich in Wohnungen untergebracht werden. Ferner muss die Unterbringung von Menschen (queere Geflüchtete und Frauen*), die Diskriminierungen ausgesetzt sind und auf besondere Schutzräume angewiesen sind, Vorrang haben.

Sie und andere traumatisierte und von Gewalt betroffene Menschen brauchen ein Unterstützungsnetz und Angebote, die ihren Anliegen gerecht werden. Dazu gehört der gesicherte Zugang zu Übersetzer*innen, Sprach- und Integrationsangeboten.

Teilhabe und Partizipation

Auf unterschiedliche Art und Weise erleben Menschen mit Rassismuserfahrungen Diskriminierung, so auch auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Vor allem kommunale Einrichtungen – von Jobcenter bis zu Schwimmbädern – dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder Hautfarbe benachteiligen. Deshalb setzen wir uns in kommunalen Einrichtungen für anonymisierte Bewerbungsverfahren ein. Außerdem sollen kommunale Beratungs- und Informationszentren flächendeckend etabliert und gestärkt werden, die kulturspezifisch und unter Berücksichtigung der Diskriminierungserfahrungen agieren.

Wir sehen und wertschätzen das Engagement und die Partizipation migrantischer Vereine und Selbstorganisationen. Ihnen sollen Räume und Plattformen zur Verfügung gestellt werden, die sie für ihr Engagement benötigen. Der Austausch zwischen ihnen und der Kommune muss gestärkt werden. Aufklärungs- und Begegnungsprojekte wie etwa Zeitzeug:innengespräche sowie interkulturelle Veranstaltungen sind von der Kommune zu unterstützen und zu fördern.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Internationalen Wochen gegen Rassismus können Kommunen mit der Durchführung von Aktionswochen lokale Initiativen miteinander vernetzen und gemeinsam Bildungs- und Kulturangebote schaffen. In Workshops, Ausstellungen und Veranstaltungen können Schüler:innen, Fachpersonal und die Öffentlichkeit fortgebildet werden.

Queere Kommunen: Gewalt gegen Queer ein Ende setzen!

Noch immer erleiden viele queere Menschen Diskriminierung und Gewalt. Laut Bundeskriminalamt stiegen die Taten in den letzten Jahren stark an. Damit Kommunen mehr für die Belange queerer Menschen tun können, ist die Einrichtung einer Queerbeauftragten erforderlich. Eine solche Stelle kann vielfältige Aufgaben erfüllen und die Präsenz dieses Themas in der Stadtgesellschaft verbessern, z.B. über Beratung an Schulen. Darüber hinaus können Kommunen mit eigenen Plakataktionen und anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit die Belange queerer Menschen unterstützen und sichtbar machen.

Außerdem setzen wir uns für die erleichterte Stiefkindadoption ein. Die Jugendämter in den Kommunen haben hier beispielsweise einen Handlungsspielraum und die rechtliche Grundlage, das so genannte Anerkennungsjahr nicht einzufordern.

Unterstützung für queere Zentren!

Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen finanziell abgesichert werden und können in queeren Zentren umgesetzt werden. Queere Zentren sind selbstverwaltete Einrichtungen, die Angebote von und für die queere Community an einem Ort bündeln und sowohl als Safe Space (sicherer Ort) dienen als auch eine Wahrnehmung nach außen haben sollen. Queere Zentren oder Anlaufstellen brauchen wir vor allem auch im ländlichen Raum.

Queere Geflüchtete schützen!

Menschen, die nach Deutschland flüchten, sind mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Auch queere Menschen werden vielerorts verfolgt und müssen um ihr Leben bangen.

Wir wollen, dass flächendeckend Fachstellen für queere Geflüchtete eingerichtet werden. Dort können sie sich zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für queere Geflüchtete. Die Erstaufnahmestellen müssen speziell für das Thema sensibilisiert werden, um Diskriminierung zwischen den Geflüchteten vorzubeugen.

Inklusion: Barrieren abbauen, Zugänge schaffen!

DIE LINKE weiß um die Barrieren, die Menschen mit Behinderungen viel zu oft die Teilhabe in allen Lebensbereichen verwehren. Diese gilt es ausnahmslos abzuschaffen! Deshalb müssen der öffentliche Raum und Freizeit- und Bildungsangebote barrierefrei ausgebaut werden. Doch auch der Weg hin zu diesen Angeboten darf nicht vergessen werden. Dafür ist der barrierefreie Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur unerlässlich.

Gutes und würdevolles Leben im Alter

Die Altersarmut in Deutschland nimmt massiv und rasant zu. Dies ist eine Folge der Agenda-2010-Politik der ehemaligen Schröder-Bundesregierung aus SPD und Grüne. Keine nachfolgende Regierung hat das korrigiert. Auch die sogenannte Grundsicherung und bisherige Mindestrente schützen nicht vor Altersarmut. Wir wollen nicht nur auf der Bundesebene durch eine Erhöhung der Mindestrente vor Altersarmut schützen, sondern in den Kommunen nötiges tun, um allen durch gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Niemand darf in Armut leben, erst recht nicht in so einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Kitas ausbauen und gebührenfrei stellen, flexible Betreuungszeiten, genug Personal und gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher.
- Politische Ämter und Mandate müssen mindestens zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden. In den Verwaltungsebenen müssen alle leitenden Stellen zumindest zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden.
- Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen.
- Geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (gender budgeting) und die Pflicht zur Prüfung der Auswirkungen kommunaler Entscheidungen auf die Geschlechter (gender mainstreaming).
- Pilotprojekte zur Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien zu kommunalen Sorgezentren mit sozialer Beratung, kostenlosem Essen, Kitas, Pflege- und Gesundheitsangeboten zu starten.
- Frauen* in Not dürfen wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlenden Plätzen nicht abgewiesen werden. Die Istanbul-Konvention muss endlich umgesetzt werden. Frauen- und Kinderhäusern sowie Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen* müssen bedarfsgerecht finanziert und ausgebaut werden.
- Kommunale Angebote zur Frauengesundheitsförderung ausbauen, Hebammen und Geburtshilfe in den Krankenhäusern erhalten.
- Schwangerschaftsabbrüche an allen kommunalen Kliniken nach Maßgabe geltender Abtreibungsfristen.
- Alle Kommunen, die das noch nicht getan haben, sollen die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene“ von 2006 verabschieden.
- In jedem Landkreis, in jeder kreisfreien Stadt in Baden-Württemberg müssen Beiräte für Menschen mit Behinderung eingerichtet werden nach dem Grundprinzip „Nichts über uns ohne uns“. Daneben sollen hauptamtliche Beauftragte für Menschen mit Behinderung eingerichtet werden, die eng mit dem Beirat zusammenarbeiten.
- Berücksichtigung der Anliegen von Menschen mit Behinderungen und ihr demokratisches Recht auf Mitbestimmung zu achten. Dazu gehören auch der Abbau von Barrieren beim Zugang zu Information und flächendeckende Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen.
- Förderung von digitalen Tools für einen barrierefreien Zugang zu städtischen Homepages (Tools zur Übersetzung oder dem Vorlesen von Texten).
- Die Kommunen müssen endlich einen zeitnahen Plan zur Herstellung eines barrierefreien ÖPNV entwickeln und umsetzen. Notwendig sind aber auch ausreichend Parkplätze für Menschen mit Behinderungen,

Blindenleitsysteme, Beschilderungen, stufenlose Zugänge, leichtgängige Türen, Rampen, ebene Wege und Fahrstühle.

- Überall da, wo Kommunen Einfluss auf den Wohnungsbau haben, bei Bau in eigener Regie, bei Unternehmen in kommunaler Trägerschaft, kommunalen Genossenschaften und bei Zuschussvergabe müssen sie für Barrierefreiheit sorgen. Dies gilt insbesondere auch bei Umbauten.
- Barrierefreiheit in den Schulen. Kommunen müssen alles daran setzen, dass der Anspruch auf Assistenz von Schüler:innen auch erfüllt wird.
- Die Einrichtung von Arbeitsplätzen in den Kommunen, die geeignet sind, dass Menschen mit Behinderung, die sonst keine Chancen auf einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben, dort als kommunale Beschäftigte arbeiten können. Die Kommunen sollen dabei insbesondere großen Unternehmen vor Ort als Vorbild dienen.
- Kostenloser Eintritt in alle kulturellen Einrichtungen der öffentlichen Hand.
- Bis zur Einführung des kostenfreien Nahverkehrs ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Senior:innen bezahlbar ist. Für Menschen in der Grundversicherung muss der ÖPNV kostenfrei sein.
- Ein attraktives Freizeitprogramm für Senior:innen in allen Wohnquartieren, um eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen.
- Eine Wohnortsnahe Versorgung. Dazu gehören die Geschäfte für den täglichen Bedarf. Die Ansiedelung bisher fehlender Geschäfte muss von Seiten der Kommunen bei jeder Bauplanung und in der Quartiersentwicklung gefördert werden.
- Die Pflege von alten Menschen nicht privaten, profitorientierten Unternehmen zu überlassen. Die Kommune muss alternative Pflegemodelle, z. B. genossenschaftliche Pflegedienste, aktiv unterstützen.
- Angebote mit Hilfen zum selbstbestimmten und zur eigenständigen Bewältigung des Alltags fördern, z.B. über Senior:innentreffs und kommunale Pflegestützpunkte.
- Die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum wie „Schwätzbänke“ insbesondere im Rahmen der sozialen Quartiersentwicklung, die generationenübergreifend ansprechend sind.
- Altersgerechte Städte schaffen: barrierefreier Umbau des öffentlichen Raumes, mehr Bänke zum Ausruhen und Verweilen. Ausweitung von Beschattung als Hitzeschutz und Zugang zu Trinkwasserbrunnen.
- Bau von wesentlich mehr altersgerechten Wohnungen und den barrierefreien Umbau bestehender Wohnungen.
- Die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.
- Die Einrichtungen von Senior:innenbeiräten, die bei allen Belangen gehört werden müssen, die Senior:innen betreffen.

- Integration und Teilhabe von Geflüchteten und Obdachlosen fördern.
- Bevorratungspolitik nach Maßgabe der erwartbaren Bedarfe in der Schaffung von Wohnraum und Unterbringungen für Obdachlose und Geflüchtete.
- Defensive Architektur lehnen wir ab.
- Förderung von kostenlosen Trinkwasserbrunnen und sanitären Einrichtungen.

7. Kultur und Sport für alle

Kultur ist Vielfalt

Genauso vielfältig wie Kultur ist, ist ihr Publikum. Es umfasst alle Generationen und kulturelle Hintergründe. Kultur hilft uns, neue Perspektiven für unser Leben und gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln. Deshalb wollen wir möglichst vielen Menschen die Teilhabe an kulturellen Angeboten jedweder Art ermöglichen. Vorausgesetzt sind eine barrierefreie Nutzung von Kulturangeboten und der produktive Dialog zwischen Kulturschaffenden und der Öffentlichkeit. Musikvereine, Theatervereine oder Tanzgruppen - sie alle sind genauso Teil des kulturellen Lebens wie etablierte Kulturinstitutionen oder soziokulturelle Initiativen.

Arbeitsverhältnisse für Künstlerinnen und Künstler müssen abgesichert werden. Der begrüßenswerte Tarifabschluss im NV Bühne muss bei allen darstellenden Künstler:innen ankommen, auch bei den frei arbeitenden. Dafür brauchen die kommunalen Träger die nötige Unterstützung.

Sport

Sport bringt Menschen zusammen und schafft Teilhabe. Sportvereine leisten nicht nur einen Beitrag zur öffentlichen Gesundheit, sie sind Teil der Jugendarbeit und der Gemeinwesenarbeit für alle Generationen. Vereine sind oftmals wichtige Verbündete für antirassistische Arbeit und Integration. Wie sich das Sportangebot vor Ort gestaltet wird aber durch die finanziellen Möglichkeiten der Kommune und der Vereine bestimmt. Ob also die Sporthalle, die Skaterbahn oder der Bolzplatz in einem guten Zustand und auch für alle nutzbar sind, hängt auch von der Prioritätensetzung ab. Viel zu oft steht der Spitzensport zu Lasten des Breitensports an erster Stelle. Das sehen wir an der Sportförderung in Bund und Land, die am Breiten- und Schulsport spart.

Hier braucht es endlich ein Umdenken. Statt einer zunehmenden Kommerzialisierung des Sportes brauchen wir gute Sportangebote in der Fläche für alle Menschen – inklusiv, sozial und ökologisch.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Kulturräume stehen unter starkem Druck durch steigende Mieten und Nutzungskonkurrenz. Hier braucht es einen Bestandsschutz und das Akquirieren neuer Räume. Durch die Überführung in gesellschaftliches Eigentum kann eine Unabhängigkeit von privaten Eigentümern und Investoren erreicht werden.
- Im ländlichen Raum muss die Versorgung mit kultureller Infrastruktur gewährleistet sein. Kunst und Kultur, sowie breiten- und soziokulturelle Teilhabe sind Ankerpunkte für die Attraktivität des ländlichen Raumes. Diesen gilt es durch das Ermöglichen von gleichwertigen Lebensverhältnissen zu stärken. Dabei spielen Kunst und Kultur eine essenzielle Rolle. Kulturelle Teilhabe in einem breiten Verständnis trägt zu funktionierenden Quartieren sowie einem attraktiven ländlichen Raum bei und fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Selbstverwaltete Produktionshäuser und genossenschaftliche Modelle müssen intensiver gefördert werden. Langfristige Verbandsstrukturen müssen durch einen soliden Ausbau von hauptamtlicher Arbeit gestärkt werden.
- Kulturelle Bildung muss gefördert werden, das ist ein wichtiger Teil von Chancengerechtigkeit. Der Eintritt zu öffentlich finanzierten Bibliotheken und Museen muss für alle kostenfrei sein.
- Um allen Menschen den Zugang zur Kultur zu ermöglichen, müssen finanzielle Schwellen abgebaut werden. Kulturelle Teilhabe darf keine Frage des Geldbeutels sein, dafür müssen günstige, barrierefreie, auch dezentrale und wohnortnahe Angebote geschaffen werden.
- Das „Clubsterben“ in vielen Städten ist ein Problem und schmälert das Angebot, gerade auch für junge Menschen. Hier wollen wir im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten entgegenwirken.
- "Kultur für Alle": Strukturelle Benachteiligungen aufgrund der sozialen und ethnischen Herkunft, der Klasse, des Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Behinderung, einer Religion oder Weltanschauung müssen abgebaut werden. Kultureinrichtungen müssen gesellschaftliche Diversität repräsentieren. Vielfalt im Kulturbereich wirkt sich schließlich auch auf das Programm aus, so werden neue Perspektiven und kreative Impulse geschaffen. Auf diese Weise können neue Zugänge zu Kultur geschaffen und Besucherinnen und Besucher dazugewonnen werden.

- Verbesserung des kulturellen Angebots an Schulen, zum Beispiel durch die Möglichkeit für jedes Kind ein Instrument zu lernen. Als erster Schritt: Verbesserten Zugang der Vereine zu den Schulen.
- Schaffung und Erhaltung wohnortnaher öffentlicher Sportstätten.
- Multifunktionale Sportflächen, die generationen- und geschlechterübergreifend inklusive Angebote ermöglichen und auch außerhalb von Schulen und Vereinen genutzt werden können.
- Sanierungsstau bei Sporthallen und -flächen endlich beenden.
- Lokale Vereine und ihre Ehrenamtlichen unterstützen.
- Sport bezahlbar für alle: vergünstigte und beitragsfreie Mitgliedschaften für Menschen mit wenig Einkommen.
- An allen (Grund-)Schulen muss der Schwimmunterricht sichergestellt werden. Die Kommunen sollen Bäderkonzepte entwickeln und keine Schwimmbäder schließen.
- Überflüssige zeitliche Einschränkungen (z.B. Mittagsruhe) für die Nutzung von Spiel- und Sportstätten zurücknehmen.
- Soziokulturelle Einrichtungen wie die Kulturcaserne in Friedrichshafen fördern wie in allen Kommunen.

8. Gesundheit ist keine Ware – Pflegenotstand bekämpfen

Es steht schlecht um unsere Krankenhäuser. Immer öfter sind die Beschäftigten gezwungen, für bessere Arbeitsbedingungen und eine anständige Bezahlung zu streiken. Doch statt aus der Corona-Pandemie zu lernen, will die grün-schwarze Landesregierung weiterhin Krankenhäuser schließen – und das aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen.

Gesundheit ist keine Ware, sondern eine öffentliche Aufgabe. Aber unter dem Vorwand der Zentralisierung und Professionalisierung wird die Gesundheitsversorgung gerade in den ländlichen Kreisen abgebaut.

DIE LINKE lehnt diese Politik ab. Wir streiten für den flächendeckenden Erhalt von Krankenhäusern und für eine bessere Personalausstattung. Wir unterstützen die lokalen gewerkschaftlichen Kämpfe für mehr Personal im Gesundheitswesen und in der Altenpflege. Der Mangel an Pflegekräften bedeutet nicht nur Überlastung und Stress für die Beschäftigten, sondern auch konkrete Gefahren für Patientinnen und Patienten.

In vielen Kommunen fehlen tausende Pflegeplätze. Es gibt zu wenig Pflegeeinrichtungen und wenige Alternativen wie beispielsweise Pflege WGs. Wir fordern eine kommunale Pflegeplanung zur Schaffung von dezentralen

Pflegeplätzen und die Einführung von Quoten mit einem Pflegeplatzanteil im Wohnungsbau. Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft können wesentlich zur Versorgungssicherheit beitragen.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Keine Krankenhausschließungen in Überlingen, Tettnang oder Friedrichshafen! Wir wollen die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in der Fläche erhalten.
- Die Rekommunalisierung des Krankenhauses Überlingen im Sinne kommunaler Daseinsvorsorge anstatt profitorientierten Privatkliniken.
- Ein Haus, ein Tarif: keine Auslagerungen von wichtigen Bereichen wie Küche und Reinigung an Service-Gesellschaften!
- Gesundheitsversorgung für alle und in allen Regionen wohnortnah sicherstellen.
- Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte schaffen zur Ansiedlung im ländlichen Raum.
- Ausbau von integrierten Lösungen wie medizinische Versorgungszentren, Hebammenstützpunkte und -kooperationen.
- Kommunale Pflegestationen: quartiersbezogene und wohnortnahe mobile Pflege für alte und kranke Menschen und Menschen mit Behinderung.
- Gründung von Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft.
- Psychische Krankheiten enttabuisieren und Aufklärungsangebote ausweiten.
- Psychische Gesundheit fördern und in Gesundheitskonzepte integrieren.

9. Reichtum umverteilen – Wirtschaft und Finanzen von links

Die verfassungsrechtlich garantierte erforderliche Finanzausstattung der Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben wird seit Jahrzehnten unterlaufen. Dies betrifft insbesondere integrale Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialen Sicherung. Der Investitionsstau in Baden-Württemberg geht in die Milliarden und nimmt drastisch zu. Dabei nehmen die Herausforderungen zu – ob Corona, Krieg oder Klimawandel.

Massive Investitionen in den (sozialen) Wohnungsbau, Schulen und Kindergärten, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, den Ausbau erneuerbarer

Energien, der Erhaltung von Krankenhäusern und Schwimmbädern, die Integration Geflüchteter und in die Digitalisierung sind notwendiger als je zuvor.

Gemeinden sollen zur Finanzierung dieser Aufgaben und Schließung von Haushaltslöchern nicht in einen Wettbewerb um Gewerbeansiedlung und niedrige Gewerbesteuern genötigt werden. Als DIE LINKE wollen wir dringend umsteuern hin zu einer sozial gerechten Steuerpolitik. Die zuletzt kurzfristig beschafften 100 Milliarden für die Bundeswehr zeigen, dass genug Geld da ist. Bund und Land müssen die Kommunen so ausstatten, dass notwendige Zukunftsinvestitionen getätigt werden können und dürfen nicht weiter davor zurückschrecken, auch hohe Einkommen und Millionen-Vermögen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Die von der LINKEN geforderte Millionärssteuer kommt direkt den Ländern und Kommunen zugute.

Statt Unterbietungswettbewerb bei der Gewerbebesteuer wollen wir diese durch eine einheitliche Gemeindefinanzierungssteuer ersetzen, die als originäre Kommunalsteuer direkt den Kommunen zugutekommt.

Wir stehen für mehr regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen eine ökologische und ressourcen-schonende Produktion von Gütern vor Ort ausbauen statt langer Anfahrtswege und Ausbeutung von Menschen und Natur. Kompakte Siedlungsstrukturen mit integrierten Betrieben sowie Verarbeitungsbetrieben für landwirtschaftliche Produkte verbinden Akteure und reduzieren Verkehr. Wir fördern die soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft. Wir als DIE LINKE wollen die Kommunen (Städte) als Wirtschaftsstandort stärken. Dazu verfolgen wir einen eigenen Politikansatz. Für uns ist es die wichtigste Aufgabe einer kommunalen Wirtschaftspolitik, die Lebensbedingungen der Bürger:innen zu verbessern und nicht die Profitinteressen einzelner Unternehmen in den Vordergrund zu stellen. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung betreiben, die an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet ist. Davon können alle Menschen in der Kommune profitieren.

Linke kommunale Wirtschaftspolitik hat nicht die weitere Expansion/ Ansiedlung von Unternehmen und Großstrukturen in der Fläche als Maßstab für Wohlstand. Wohlstand ist nur bei Einhaltung der Belastungsgrenzen für die lokalen und globalen Ökosysteme möglich.

Wir wollen mit den Gewerkschaften, gemeinwohlabilanzierenden Unternehmen, Genossenschaften und anderen sozialen Unternehmen in einen Dialog über alternative Ansätze der Wirtschaftsförderung eintreten.

Mit unserer solidarischen Regionalpolitik wird die Frage der Industriestandorte solidarisch ausgehandelt und verteilt und nicht in Konkurrenz durch Länder und Kommunen entschieden. Regionen außerhalb Baden-Württembergs sollen nicht mit hiesiger Ansiedlungsstrategie entleert, Wohnraumdruck durch Gewerbeansiedlung nicht unnötig erhöht werden. Damit wird auch zum Flächen-sparziel beigetragen.

10. Demokratie und Frieden

Direkte Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte

Kommunale Demokratie ist mehr als Wahlen alle fünf Jahre. Wir wollen, dass Bürger:innen auch darüber hinaus mitbestimmen können wie sich ihre Kommune entwickelt. Voraussetzung dafür sind transparente Entscheidungswege und ein klares Bewusstsein für Informationsfreiheit.

Doch viele kommunale Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen von Aufsichtsräten und Verwaltungen unter Hinzuziehung von teuren Beraterfirmen getroffen. Das untergräbt die Demokratie.

Kommunale Friedenspolitik

DIE LINKE lehnt Kriege als Mittel der Politik ab. Deshalb spricht sie sich auch klar gegen den völker-rechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die aus. Wir fordern Asyl und dauerhaftes Bleiberecht mit dezentraler Unterbringung aller Geflüchteten. Durch diese Forderung muss der kommunale Wohnungsbau massiv ausgebaut werden. Geflüchtete sollen auch psychologische Unterstützung und Betreuung erhalten, dafür müssen mehr kommunale Stellen geschaffen werden.

Die Bundeswehr hat in Schulen, Jobcentern, auf Messen und in kommunalen Einrichtungen nichts zu suchen. Wir wollen stattdessen Friedensinitiativen einladen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Bildungsmessen, die in kommunalen Liegenschaften stattfinden, gemäß der UN-Kinderrechtskonvention, Armeen keine unter 18-Jährigen werben dürfen. Werbung für den Dienst an der Waffe und den Einsatz in Kriegen ist kein Beitrag zur Völkerverständigung. Wir treten dafür ein, dass sich Kommunen international und im Rahmen der Initiative „Cities for Peace“ (Städte für den Frieden) in zivilen Hilfsprojekten engagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der ICANⁱⁱⁱ Städteapell in den Kommunen verabschiedet wird, damit der Druck auf die Bundesregierung stärker wird, den Atom-waffenverbotsvertrag der UNO zu unterzeichnen. Lebendige Städtepartnerschaften können Brücken bauen und sollten entsprechend gepflegt und gefördert werden.

Keine Weitergabe von Daten Minderjähriger an die Bundeswehr, damit diese Kinder nicht einfach kontaktieren kann. Kommunale Förderungen und Beteiligung an Projekten, die der Rüstung und militärischen Zwecken dienen, lehnen wir ab. Deswegen setzen wir uns für kommunale Zivilklauseln ein. Rüstungsexporte lehnen wir generell ab.

Unsere Mandatsträger setzen sich dafür ein, dass bei dem zentralen Volkstrauertag nicht den Tätern (Soldaten), sondern den Opfern von Krieg und

Gewaltherrschaft gedacht wird. Dies soll nicht an glorifizierenden Kriegerdenkmälern stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass dezentrale Deserteursdenkmäler errichtet werden. Außerdem unterstützen wir lokale Initiativen, die sich mit lokaler antifaschistischer Gedenkarbeit beschäftigen (wie z.B.: schulische Projektwochen und Stolpersteininitiativen).

Wir setzen uns für Umbenennungen von Straßen, Plätzen und Gebäuden ein, die nationalsozialistisch, kolonial und rassistisch belastet sind.

Kommunalpolitische Ziele und Forderungen:

- Bürger:innen öfter und auch verbindlicher einzubeziehen, zum Beispiel durch Bürger:innenhaushalte. Gerade bei kostenintensiven Großprojekten und bei Vorhaben kommunaler Betriebe wie Krankenhäuser, Verkehrsverbünde und Stadtwerke braucht es Möglichkeiten der Partizipation, auch die der Selbstverwaltungsorgane.
- Transparenz in allen kommunalen Gremien, denn Demokratie lebt von Beteiligung. Die Aufsichts- und Verwaltungsräte müssen, soweit gesetzlich möglich, öffentlich tagen. Es muss einen öffentlichen Austausch darüber geben, wie die städtischen Betriebe ihre inhaltlichen Schwerpunktsetzungen legen.
- Das Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft hier leben und hier gemeldet sind –unabhängig von der Staatsbürgerschaft.
- Für kommunale Gremien wie Stadtteil- oder Bezirksbeiräte, Jugend- und Migrationsbeiräte und Beiräte von Menschen mit Behinderung müssen die Mitwirkungsrechte gestärkt werden. Wo es diese Gremien noch nicht gibt, setzen wir uns für ihre Einführung ein.
- Ausweitung von Bürger:innenanträgen und -entscheiden auch auf die Landkreisebene.
- Verbindliche Einführung von Mieterbeiräten in kommunalen Wohnungsgesellschaften.
- Die Kommunalparlamente müssen hauptamtliche Inklusionsbeauftragte wählen und mit eigenem Budget versehen. In kleineren Gemeinden wollen wir zumindest ehrenamtliche Inklusionsbeauftragte.
- Verträge mit der öffentlichen Hand müssen grundsätzlich offengelegt werden.
- Wir lehnen die Rüstungsindustrie am Bodensee ab und setzen uns für eine Friedensregion Bodensee ein.
- Aufarbeitung der Verantwortung der Städte im nationalsozialistischen Regime. Insbesondere in der Stadt Friedrichshafen.
- Umbenennung des Max Grünbeck Hauses in Friedrichshafen sowie die Aberkennung des Titels als Ehrenbürger der Stadt Friedrichshafen.

i „Housing First“ ist ein sozialpolitisches Konzept. Da Wohnen ein Menschenrecht ist, soll zuerst eine dauerhafte Unterkunft gefunden werden ehe andere Probleme wie Arbeitslosigkeit, Krankheit etc. angegangen werden

ii SDG17: Globale Vereinbarung für nachhaltige Entwicklungsziele die bis 2030 zu einer gerechteren und ökologischeren Welt führen sollen.

iii ICAN: Internationale Koalition zur Abschaffung von Atomwaffen.